NACHRICHTEN AG
Deutschland

21. Mai 2025

Sparpaket trifft die Armen: Grüne warnen vor sozialen Katastrophen!

Budgetanalyse zeigt unsoziale Auswirkungen des Sparpakets der Regierung auf Familien und Geringverdiener, kritisiert von Grünen.

Deutschland - Der Budgetdienst des Parlaments hat am 21. Mai 2025 eine aufschlussreiche Analyse zu den geplanten Sparmaßnahmen der Bundesregierung veröffentlicht. Diese Analyse belegt, dass vor allem die untersten Einkommensschichten stark von den Einschnitten betroffen sind. Alma Zadic, die stellvertretende Klubobfrau der Grünen, äußert scharfe Kritik und bezeichnet das Sparpaket als unsozial. Sie hebt hervor, dass insbesondere Familien, Kinder und Alleinerziehende von den Maßnahmen negativ beeinflusst werden.

Laut der Analyse drohen den unteren 10 Prozent der Einkommensverteilung im Jahr 2025 reale Einkommensverluste

von 2,3 Prozent, die sich ab 2026 sogar auf 3 Prozent erhöhen könnten. Im Gegensatz dazu werden die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung von Verlusten von unter einem Prozent in den kommenden drei Jahren betroffen sein. Dies führt zu einer ungleichen Lastenverteilung, die von Markus Koza, dem Sozialsprecher der Grünen, scharf kritisiert wird.

Ungleichheiten und Gerechtigkeitsvorstellungen

In der politischen Diskussion um die Ungleichheit kommen auch die Prinzipien der Gerechtigkeit zur Sprache. Diese werden als Grundlage für die Beurteilung von Verteilungsfragen herangezogen. Unterschiedliche Bewertungsmaßstäbe geben Aufschluss darüber, wie Ungleichheiten als gerecht oder ungerecht wahrgenommen werden. Vier grundlegende Verteilungsprinzipien spielen hierbei eine zentrale Rolle: Gleichheit, Bedarf, Leistung und Anrecht. Die Mehrheit der Bevölkerung tendiert dabei vor allem zu den Bedarfs- und Leistungsprinzipien, während das Anrechtprinzip kaum Unterstützung findet.

Eine Befragung im Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) aus dem Jahr 2021 belegt, dass nur etwa 9% der Befragten dem Gleichheitsprinzip voll zustimmen, während etwa 54% das Bedarfsprinzip unterstützen. In anderen europäischen Ländern zeigen sich ähnliche Trends, wobei auch hier die Zustimmung zu den Prinzipien für Bedarf und Leistung überwiegt.

Europäische Perspektiven auf soziale Ungleichheit

Die europaweiten Bemühungen zur Bekämpfung von Ungleichheit und zur Verbesserung der sozialen Bedingungen sind von zentraler Bedeutung. Angesichts der hohen Einkommensungleichheit fühlen sich 84% der Europäer betroffene Bürger und fordern staatliche Maßnahmen zur

Unterstützung. In diesem Kontext spielt die europäische Säule sozialer Rechte eine wichtige Rolle, indem sie das Recht auf Chancengleichheit für alle durch verschiedene Initiativen, wie die Richtlinie über angemessene Mindestlöhne, zu stärken versucht.

Der Austausch von erfolgreichen Strategien zur Bekämpfung von Einkommensungleichheit ist zudem entscheidend. Die EU-Mittel, wie der Europäische Sozialfonds Plus, werden eingesetzt, um soziale Ungleichheiten abzubauen und die Lebensqualität für alle Bürger zu verbessern. Dabei ist es wichtig, die Erfolge anhand zentraler Indikatoren, wie dem Gini-Koeffizienten und dem S80/S20-Einkommensquintilverhältnis, zu messen.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die sich abzeichnenden Sparmaßnahmen der Bundesregierung nicht nur eine politische Entscheidung darstellen, sondern auch weitreichende soziale Folgen für die am stärksten benachteiligten Gruppen der Gesellschaft mit sich bringen. Die Grünen fordern eine faireer Verteilung der Lasten und eine sinnvolle Konsolidierung des Budgets, bei der wohlhabendere Gruppen stärker zur Finanzierung beitragen sollten. Die gegenwärtige Situation zeigt einmal mehr die Notwendigkeit eines sozial gerechteren Ansatzes im Umgang mit wirtschaftlichen Herausforderungen.

Details	
Ort	Deutschland
Quellen	• **www.ots.at** • **www.bpb.de** • **employment-social-affairs.ec.europa.eu**

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at